

Ökosoziale Steuerreform

Aufkommens- und Verteilungswirkungen

WARUM? Durch die zunehmend spürbaren Folgen des **Klimawandels** wird ein sofortiges **Handeln** auf unterschiedlichen Ebenen und von verschiedenen Akteur*innen notwendig. Für den Bereich des privaten Konsums können **Preisanpassungen von fossilen Brennstoffen** erforderlich sein, um externe Effekte **umweltschädlicher Emissionen** zu korrigieren.



Vanessa LECHINGER
✉ vleching@wu.ac.at



Eva SIX
✉ esix@wu.ac.at

WAS? Die Studie untersucht anhand von **Mikrosimulationsmodellen** die **Aufkommens- und Verteilungseffekte** der Einführung einer **CO₂-Steuer** im privaten Haushaltssektor in Österreich und mögliche Gestaltungen **sozialer Rückvergütungsmaßnahmen**.

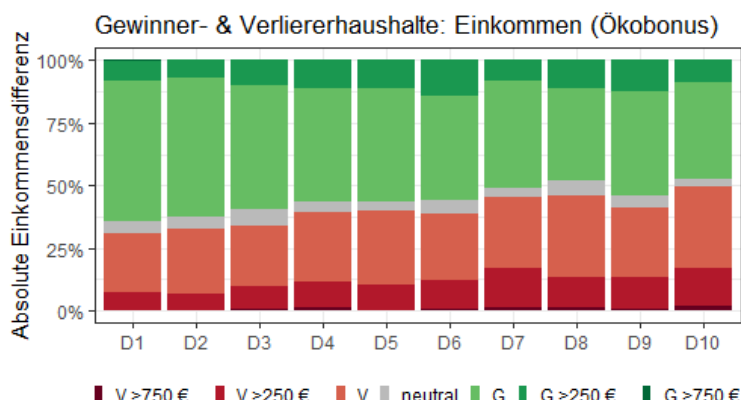
ineq.at/oekosozialesteuer

KEY-FINDINGS

Eine ökologische Steuer auf fossile Treib- und Heizstoffe von 50€/Tonne CO₂-Äquivalent würde das verfügbare Einkommen aller Haushalte jährlich um 920 Mio. Euro verringern.

Bei den Verteilungswirkungen muss zwischen absoluter und relativer Betrachtung unterschieden werden: Zwar steigt die absolute Belastung durch die Steuer mit steigendem Einkommen, jedoch sind einkommensschwache Haushalte relativ am stärksten betroffen.

Um die Steuer sozial verträglich zu gestalten, müssten Personen ohne Umstiegsmöglichkeiten auf nicht-fossile Brennstoffe oder mit geringem Einkommen zusätzlich entlastet werden. Dies könnte am besten durch einen Mix an Rückvergütungsmaßnahmen erreicht werden.



Diese Abbildung stellt „Gewinner und Verlierer“-Haushalte der Auswirkungen einer CO₂-Steuer nach Einkommensdezilen unter Berücksichtigung der Rückvergütungsmaßnahme eines Ökobonus dar. Das erste (einkommensschwächste) Dezil wird absolut stärker durch den Pauschalbetrag des Ökobonus entlastet (grüne Flächen), als durch die CO₂-Besteuerung belastet (rote Flächen). Mit steigendem Einkommen nimmt der Anteil an „Verlierer“-Haushalten zu, und beträgt im 10. Dezil knapp 50%. Jedoch ist erkenntlich, dass es in jedem Dezil Haushalte gibt, die jährlich mit einem Verlust größer als 250€ rechnen müssen.

Von der Einführung einer CO₂-Steuer auf Benzin, Diesel, Fernwärme, Gas, Heizöl und Kohle wären rund 90% der österreichischen Bevölkerung betroffen. Von den zusätzlichen Kosten wären Personen in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohner*innen, Menschen ohne oder mit geringem Ausmaß an Erwerbsarbeit, sowie Paare mit Kindern oder Alleinerzieher*innen relativ stärker belastet.

Im untersten Viertel der Einkommensverteilung würde das individuell verfügbare Einkommen um rund 2,4% sinken, im obersten Quartil hingegen um nur 0,3%. Auch auf Haushaltsebene sind die Wirkungen der CO₂-Steuer relativ zum Einkommen klar regressiv: Die untersten Einkommen wären am stärksten betroffen.

Für die soziale Abfederung der Besteuerung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Lenkungseffekte können unterschiedliche Rückvergütungsmaßnahmen, bzw. auch eine Kombination mehrerer Instrumente, angedacht werden. Der sogenannte Ökobonus (eine Pro-Kopf-Pauschale) kann helfen, die regressiven Auswirkungen der Steuer abzufedern. Bei Änderungen im Sozialversicherungs- oder Einkommensteuersystem werden oft bestimmte Personengruppen benachteiligt, weswegen zusätzliche Entlastungsinstrumente notwendig sein können, beispielsweise für Pendler*innen oder Bezieher*innen eines Heizkostenzuschusses.